

sich dessen offenbar wohl bewußt, denn sie waren so vorläufig, in die amnestierenden Statuten der Anstalt die Bestimmung aufzunehmen, daß kein Lehrer der Schule an der Vertretung seiner politischen, sozialen oder religiösen Ansichten irgendwie gehindert oder ährenwegen benachteiligt werden sollte. Das- selbe galt und gilt nicht nur für den Lehrkörper, sondern auch für den Verwaltungskörper. In der Tat sind auch bisher Anhänger aller denkbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Richtungen in beiden Körperschaften bunt durcheinander vertreten gewesen, ohne daß es jemals deshalb zu dem geringsten Konflikt gekommen wäre.

Es erregte deshalb Verwunderung und Aufsehen, als vor einigen Tagen drei Mitglieder des Verwaltungskollegiums der Anstalt, dessen Vorsitzender Sidney Webb ist, ganz unerwartet in der Presse erklärten, daß sie nicht länger mit Sidney Webb zusammen in Verwaltungsratspositionen bleiben könnten. Die betreffenden drei Verwaltungsräte sind Vorsitzende und Direktoren der drei größten englischen Eisenbahngesellschaften, der Ost-, der Nord- und der Westbahn. Als Begründung ihrer Resignation jenes Mannes, dem die Schule ihren Reiz und ihr Wachstum anerkanntermaßen in allererster Linie zu verdanken hat, verweisen die Eisenbahndirektoren auf eine Rede, die Webb vor einigen Wochen anlässlich der Einweihung des neuen Heims der Eisenbahnergewerkschaft in London gehalten hat.

Es mag daran erinnert werden, daß die Eisenbahnen in England, wo sie im Besitze von Privatgesellschaften sind und wo die Entwicklung der Sondikale und Trusts nicht durch eine Sozialpolitik stattdessen gefördert wird, das übermächtigste Kapital darstellen. Dieser freche Versuch der Vernichtung nicht etwa bloß der Unterrichtsfreiheit von Lehrern, sondern der Gewissens- und Redefreiheit aller mit öffentlichen Unterrichtsanstalten irgendwie verknüpften Personen, wird deshalb mit Recht als eine ernste öffentliche Gefahr empfunden. Es sei ferner darauf hingewiesen, daß Webb nicht etwa ein revolutionärer Sozialdemokrat ist, sondern zum gemäßigten Flügel der Fabier gehört. Aber er hat es gewagt, die Partei der Arbeiter gegen eine mächtige Unternehmungsklasse zu ergreifen, und das ist ein Verbrechen, das kein noch so zahmer theoretischer Standpunkt zu sühnen vermag. Gören wir die Eisenbahnmagnaten selber: Lord Claud Hamilton, der Vorsitzende der Ostbahngesellschaft, begründet sein Vorgehen in einem langen Briefe, der offenbar auch für die beiden anderen Eisenbahndirektoren spricht. Er macht darin Webb zum Vorwurf, er habe in seiner Rede gewisse Anschuldigungen gemacht, gegen die er, Hamilton, Verwahrung einlegen müsse. Zu diesen Anschuldigungen gehören: 1. sein Hinweis auf das Osborne-Urteil, 2. seine Bemerkungen über die Höhe, die Arbeitsbedingungen und das gewerbliche Einigungsverfahren der Eisenbahngestellten. Die Ansichten seien unvereinbar mit der Stellung, die Webb in der Hochschule für Volkswirtschaftslehre einnimmt. Ferner sei es besonders verderblich, daß so vortreffliche höchste Gericht (das Nordgericht, das Webb wegen seines Klassenurteils in der Osborne-Angelegenheit kritisierte) verächtlich und lächerlich zu machen. Er könne nicht länger mit einem Manne zusammenarbeiten, der seine besondere Stellung dazu benutze, dem öffentlichen Interesse entgegengelegte Lehren zu verbreiten. Der Direktor der Nordbahn hält es nicht für notwendig oder ist so anständig, sich hinter das angebliche öffentliche Interesse zu verbergen; er erklärt rund heraus, daß er abhandeln müsse, weil die von Webb in seiner Rede vertretenen Ansichten den Interessen, die er, der Direktor, vertritt, schmerzhaft entgegenstehen. Womöglich noch deutlicher spricht der Direktor der Westbahn, der seine Resignation damit begründet, daß Webbs Rede die Unzufriedenheit in den Reihen der Eisenbahngestellten ermutige.

Die Impertinenz dieses reaktionären plutokratischen Vorstosses läßt sich richtig empfinden, wenn man bedenkt, daß die inkriminierte Rede Webbs nicht im geringsten Zusammenhang mit der Volkswirtschaftslehre stand, und daß namentlich Lord Claud Hamilton sozusagen sein ganzes Leben damit verbringt, gegen den Sozialismus und all die Ideen, die Webb hochhält, zu kämpfen. Dennoch wurde der Vorstoß der Eisenbahnmagnaten von der reaktionären Presse sofort aufgegriffen, und die Times entblödeten sich nicht, unter der unbedingten Ueberaufsicht „Die Degradation der Volkswirtschaftslehre“ einen Leitartikel zu veröffentlichen, in dem Webb aufgeföhrt wurde, von seinem — übrigens unbezahlten — Amte an der Schule zurückzutreten. Zur Ehre der englischen Universitätswissenschaft sei indes hervorgehoben, daß zwei politische Gesinnungsgegner der Times, der Vorgänger Webbs an der Schule, Professor Gemius, und der frühere Lehrer an der Schule, der konservative Parlamentsabgeordnete Mackinder, beide entschiedene Sozialistenfeinde und Schutzjünger, gegen dieses Attentat auf die Freiheit der Wissenschaft sofort öffentlich Protest einlegten und in den schmeichelehaftesten Worten Webbs Verdienste um die Schule anerkannten. Auch einige liberale Blätter benahmen sich in der Sache anständig.

Sidney Webb antwortete in einem ebenso würdevoll gehaltenen wie für die Eisenbahnmagnaten vernichtenden Briefe. Er führt aus, daß seine im Lokale der Eisenbahnergewerkschaft gehaltene Rede nicht das geringste mit der Volkswirtschaftslehre zu tun gehabt habe. Er weist darauf hin, daß es aller Welt bekannt sei, daß er und Lord Hamilton in allen möglichen Fragen der Politik und des Gewerkschaftswesens seit ihrer freundschaftlichen Anschauungen vertrieben, ohne daß dies ihr freundschaftliches Zusammenarbeiten in der Schule verhindert hätte. Ferner habe Lord Hamilton unzählige Male über alle denkbaren Fragen öffentlich Ansichten geäußert, die ihm, Webb, als dem öffentlichen Interesse völlig entgegengelehrt schienen, aber niemals sei es ihm eingefallen zum Proteste dagegen von seinem Amte an der Hochschule zurückzutreten. Die Freiheit der Wissenschaft lasse sich nur wahrhaft, wenn sowohl den Lehrern, wie allen anderen Funktionären der Schule, die unbeschränkte Möglichkeit gegeben wird, ihre eigenen Ansichten auf allen Gebieten der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens frei zu vertreten. Die Schule sei heute bereits so gestiftet, daß sie ihn sehr wohl entbehren könnte, aber da sein freiwilliger Rücktritt den Ansichten erwecken könnte, daß er die Verrücktheit gewisser Ansichten durch finanzielle Mächte dulde, so werde er seine Maßnahmen von der Entscheidung seiner Kollegen abhängig machen.

So steht die Angelegenheit heute, doch ist es sicher, daß sie nicht dabei ihr Bewenden haben wird. Der Kampf zwi-

schen dem Großkapital und der Demokratie um den letzten Rest der Gedanken- und Lehrfreiheit ist entbrannt und wird ausgefochten werden müssen. Es wird sich dabei zeigen, wie weit das englische Professorenamt die Achtung vor der Wissenschaft und vor sich selber gegen die frechen Angriffe übermütiger Kapitalstößen zu wahren wissen wird.

Deutsches Reich.

Im Zeichen der „Sparbarkeit“.

Bei den fortwährenden Ausgaben des Etats der Marineverwaltung wird eine Mehrausgabe von rund 10 Millionen Mark erforderlich werden, die, nach einer offiziellen Meldung, in der Vermehrung der Offiziere und Mannschaften aus Anlaß der Durchführung des Flottengesetzes und durch vermehrte Indienststellung von Schiffen größeren Typs ihre Erklärung findet. Als neue Stellung wird der Posten eines Marineattachés bei der deutschen Botschaft in Wien im Etat enthalten sein. Die Ausgabesteigerung findet ferner ihre Erklärung durch die weitere Beschaffung von Unterseebooten und durch vermehrte Forderungen für das Artillerie-, Torpedo- und Minenwesen. Einschränkungen haben sich bei den fortwährenden Ausgaben durch die Herabsetzung der Tafel- und Messgeldes in Uebereinstimmung mit dem Erlaß vom 27. September d. J. erzielen lassen. Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats dürfte sich ebenfalls eine Steigerung um rund 10 Millionen ergeben, die bedingt ist durch Schiffneubauten, Ersatzbauten von zwei Vintenschiffen und zwei kleinen Kreuzern und durch die nach dem Flottengesetz noch ausstehenden Bauten von einem Vintenschiff und einem großen Kreuzer und einer Torpedobootflottille. Die Beschaffung von Unterseebooten wird im bisherigen Umfang fortgesetzt werden. An sonstigen einmaligen Forderungen ist noch zu erwähnen der Bau eines Torpedoschießplatzes an der Edermündung, der namentlich in bezug auf Schutzweite den modernen Anforderungen entspricht, sowie der Bau einer Offizierspellschule und eines Marinegarett auf Helgoland. Der Anleihebedarf als Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat beläuft sich auf 103 Millionen.

Vorher wurde in hohen Tönen das Lied von der Sparbarkeit verkündet. Jetzt sieht man schon deutlicher, was von solchem Geschrei zu halten ist.

Das Koalitionsrecht der deutschen Eisenbahner.

In einer Sonderausgabe bringt die offiziöse Neue politische Korrespondenz einen aus der preussischen Eisenbahnverwaltung stammenden Artikel: „Eisenbahnstreit und Sozialdemokratie“, in dem den Eisenbahnern das freie Koalitionsrecht ohne weiteres abgesprochen wird. Es heißt dort:

„Der springende Punkt ist der, daß im modernen Staat die Eisenbahnen das Arterienstück im Volkskörper darstellen. Wird diese Schlagader durch den Massenstreik angefaßt, so tritt Verblutung ein, wenn der Staat nicht den gesetzmäßigen Eingriff der Überwachungsbehörde vornimmt. Was ist nun logischer, als hieraus die Notwendigkeit zu folgern, daß den Eisenbahnern das Streikrecht gegenüber den schwerer wiegenden Erfordernissen des öffentlichen Wohles nicht gewährt werden kann?“

In Deutschland finde man für diese Verfügung eine „einwandfreie Rechtsgrundlage“:

„Abgesehen davon, daß die Eisenbahner, soweit sie Beamte sind, schon als solche kein Streikrecht besitzen, findet auf die Eisenbahn der § 152 der Gewerbeordnung, der die gesetzliche Grundlage für das Recht der gemeinsamen Arbeitsleistung bildet, keine Anwendung.“

Bei uns kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Eisenbahndienstleistungen kein Recht ausüben, wenn sie freieren. Ein Eingreifen der Regierung gegen einen Eisenbahnerstreik verleiht somit niemals die Rechte der Eisenbahner, es stellt sich vielmehr als gerechtfertigte Abwehr einer unerlaubten Handlung dar. Diese unanfechtbare Rechtsgrundlage gibt an sich aber noch keine Sicherheit gegen das Ausbrechen eines Streikes, dessen wirtschaftliche Folgen natürlich nicht davon abhängen, ob ein Streikrecht besteht oder nicht. Sie gewährt aber den sicheren Boden, auf dem die Maßnahmen, einem Ausbruche vorzubeugen, getroffen werden können. Sie gestatten der Eisenbahnverwaltung, ihr Arbeitspersonal freizubehalten von Elementen, die den Streik nicht grundsätzlich verwerfen. Es bedeutet dies die Möglichkeit des Ausschusses von Sozialdemokraten... In richtiger Würdigung der Gefahr, die das Eindringen der Idee von der Zulässigkeit eines Streiks in die Reihen eines Personals mit sich bringen würde, hat die preussische Eisenbahnverwaltung längst von dem ihr gegebenen Rechte entlassenen Gebrauch gemacht. Sie bildet nur Vereinigungen ihrer Angestellten, die den Streik als Mittel zur Durchsetzung von Forderungen grundsätzlich verwerfen und verbleiben durch den Arbeitsvertrag die Teilnahme ordnungsgemäßer Bestrebungen und Vereine. Damit ist den Sozialdemokraten der Zutritt zur Eisenbahnverwaltung verweigert und die Befestigung solcher, die sich trotzdem einschleichen haben, gegeben...“

Der Artikel verlangt schließlich noch, daß die „ideologischen Politiker“, deren Artikel sich so mandesmal gegen die Regierung richtet, „dankbar anerkennen“ sollen, daß die preussische Eisenbahnverwaltung sich das „unbestreitbare Verdienst“ erworben habe, den Eisenbahnern rechtzeitig das Koalitionsrecht abzuschneiden.

Die „Kundgebung“ der preussischen Eisenbahnverwaltung vertritt nur, daß der Kampf der französischen Eisenbahner Besorgnisse und Ängste ausgelöst hat und daß man damit rechnen muß, daß sie mit verdoppelten Anstrengungen bemüht sein wird, den Beamtenkörper durch verstärkte Entrechtungspraxis „rein zu halten“.

Dertelmont.

Die Verhandlungen gegen die Moabit Angeklagten sollen bereits am 9. und 17. November stattfinden. Die Dertelstypen kann es nicht erwarten, die „Anführer und Landesfriedensbrecher“, d. h. die Opfer des Polizeifabels im Gefängnis zu wissen. Sie gibt zu, daß die Justiz „verhältnismäßig schnell gearbeitet“ habe, aber „nicht so schnell, wie es wünschenswert gewesen wäre“. Die Motivierung sich überstürzender Galgenjustiz macht sich die Deutsche Tageszeitung leicht: „Gewiß hat der Richter die Pflicht, genau zu prüfen und die Verhandlung sorgfältig vorzubereiten. Bei der Eigenart der in solchen Fällen in Betracht kommenden Verbrechen fordert aber die Prüfung in der Regel wenig Zeit. Wenn irgendwo, so ist hier schnelle Justiz das beste Mittel der Wahrung und der Abwehr.“

Den Dertelstypen ist es natürlich unangenehm, daß die Aburteilungen nicht unter dem noch frischen Eindruck der Moabit Polizeifabeln stattfinden. Sie haben allen Anlaß zu fürchten, daß die Verhandlungen im November ein anderes Bild von den Vorgängen zeigen, als es die polizeioffiziösen Darstellungen erlauben.

Tollmut.

Eine verrückte Hege gegen das Reichstagswahlrecht unternimmt der frumde Reichsbote aus Anlaß der Polizeihirten weist darauf hin, wie ungerecht es sei, wenn „Juchälter, gleichen Wahlrechts erfreuen wie der deutsche Reichstagsangehörige und jeder Minister. Dann wird weiter ausgeführt:

„Die Befestigung der gleichen Wahl für den Reichstag liegt heute Millionen auf den Lippen, und wo man aus staatsmännischen Erwägungen von einem solchen Mittel abläßt, kann man wenigstens mit bestem Recht der von uns wiederholt gebachten Verfassungsänderung zustimmen, bei welcher unter Beibehaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts doch jedem Wahlrecht des bestehenden förmliche Zwecke im voraus der Boden entzogen ist.“

Diese Anregung gipfelt in dem Verlangen, daß Stimmen, die für die Sozialdemokratie abgegeben werden, für ungültig erklärt werden sollen. Der Gedanke ist natürlich so blödsinnig, verdient immerhin festgenagelt zu werden, daß an der Spitze der Wahlrechtsfeinde das orthodox-fromme Patrozinblatt steht.

Partei Dreifache.

Abg. v. Seebach gab auf der konservativen Parteiverammlung in Stuttgart folgende Charakteristik der Nationalliberalen:

„Das augenblickliche Zerwürfnis mit den Nationalliberalen ist ebenfalls zu bedauern. Eigentlich ist ein Einverständnis mit einer für uns etwas naturgemäßen. Viele meinen auch, der Gegensatz zwischen Nationalliberalen und Konservativen sei gar nicht so groß. Das ist nun nicht so einfach zu beantworten. Denn man weiß offiziell nie so recht, was eigentlich die Nationalliberalen gegen die Sozialdemokratie, geht aber in Baden nicht nur bei den Vätern, sondern auch bei der gelehrigen Arbeit im Parlament mit diesen brüderlich Arm in Arm. Sie ist offiziell für Sozialpolitik, Hebung aber doch immer mit den freihändlerischen Ansichten. Bald rechts, bald links, bald wieder weder rechts noch links — das versteht der konservativen Bestand nicht.“

Ganz abgesehen davon, daß man einem konservativen Verstande nicht allzuviel zumuten darf, ist das Portrait der Dreifachegesellschaft nicht übel getroffen.

Hege gegen die Ortskrankenkassen.

Unter der Ueberschrift „Die Sozialdemokratie in den Ortskrankenkassen“ veröffentlicht die parteiantliche Nationalliberale Korrespondenz durch eine Reihe von Nummern Mitteilungen über angebliche „sozialdemokratische Mißwirtschaft“ in den Ortskrankenkassen. Die Nationalliberale Korrespondenz teilt in keinem Falle Ort oder Namen mit. Die Bezeichnung der Stellen, an denen sich solche angebliche Mißwirtschaft gezeigt haben soll, ist so unbestimmt, daß auch nicht die entfernteste Möglichkeit einer Nachprüfung der Behauptungen auf ihre Wahrheit hin gegeben ist. Als Gewährsmänner werden z. B. angegeben: „Ein Beamter einer Kasse im Westen“, oder „ein Beamter einer Kasse im Norden“. Der Grund für solche unbestimmte Angaben liegt auf der Hand: Das parteiantliche nationalliberale Organ stellt Behauptungen auf, die es nicht zu beweisen vermag. Die Hauptsache ist ihm verhängende Stimmungsmache, um bei der Beratung der Versicherungsordnung den Boden für die Wünsche der Scharfmacher zu bereiten.

Wir erklären alle die Angaben der Nationalliberalen Korrespondenz über sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen so lange für nichterträgliche Verleumdungen und bewußte Lügen, bis die Nationalliberale Korrespondenz sich jeden einzelnen von ihr angeführten Fall Ort Namen der Beamten und Zeit des Vorfalls angibt.

Ein Jagow-Dementi.

Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow dementiert die Meldung, daß er einmal eine vernünftige Aeußerung getan habe. Nach einem Londoner Telegramm an eine Berliner Zeitung soll der Berliner Polizeipräsident zu einem englischen Journalisten über die Mosabiter Unruhen geäußert haben, daß, wenn Leute hungern, sie manchmal den Kopf verlieren. v. Jagow schreibt hierzu der Berliner Presse:

„Diese Mitteilung eines englischen Korrespondenten ist zu erfunden und alle an diese englischen Mitteilungen sich anschließenden Presskommentare sind gegenstandslos.“

Der Jagow und seine Tätigkeit kennt, ist wohl auch nicht an den Gedanken gekommen, daß er die ihm in den Mund gelegte vollständige Aeußerung wirklich getan habe.

Baden auf Schnapsblockwegen.

Der landständische Ausschuss der badischen Volksvertretung war am letzten Freitag in Karlsruhe (Ständehaus) versammelt. Bis her war die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen G e d vertreten; jetzt sitzen zwei Sozialdemokraten, neben Ged auch der erste Vizepräsident G e i h, in dem Kollegium, das einmal in der Legislaturperiode zusammentritt, um die Kreditfragen der Staatskasse und des Domänengrundstocks, der Amortisationskasse und der Eisenbahnschuldtilgung zu prüfen. Nach Erledigung dieser Tagesordnung findet, wenn es gewünscht wird, eine Aussprache mit den Ressortministern statt. Zum Schluss pflegt nach altem Brauche der jeweilige Vorsitzende des landständischen Ausschusses das Kollegium zu einem gemeinsamen Essen zu sich einzuladen. Seit einigen Jahren führt der Prinz W a r von Baden, der künftige Großherzog, als Präsident der Ersten Kammer, im landständischen Ausschusse den Vorsitz. Während er im Oktober 1908 eine Einladung dazu an alle Ausschuhmitglieder richtete, wurde dies mal die sozialdemokratische Vertretung übergangen.

So charakteristisch die keine Episode für das Schnapsblocktum der badischen Regierung ist, so wenig wird sie die Gemütsruhe unserer badischen Genossen stören.

Vorspiele. Zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und den Nationalliberalen in Württemberg ist eine Uebereinstimmung über die Verteilung der Wahlkreise ziemlich sicher in Aussicht. Das einzige Hindernis bildet anscheinend noch der Abg. Kaufmann, der noch vor wenigen Tagen die Nationalliberalen derart angegriffen, daß sie erklärten, ihn nur noch unterstützen zu können, wenn er seine Angriffe gegen die Nationalliberalen einstellte. Demokraten und Nationalliberalen sind bisher in Württemberg überaus scharfe Gegner gewesen. Mit dem Anschluß an die Fortschrittliche Volkspartei scheinen die Demokraten den Rest politischen Anschlusses, den sie bisher noch genossen, völlig ausgegeben zu haben.

Vom gefunden deutschen Vieh. Infolge der zunehmenden Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche in der Pfalz hat die pfälzische Kreisregierung verfügt, daß der Betrieb von Wanderlagern sowie der Handel mit Rindvieh, Schweinen, Schafen, Ziegen im Umherziehen, d. h. das Führen der Tiere beim Fahren

... im ganzen ...

... kleine politische ...

... Gold der unteren ...

... unter [französi ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

... von 1. Novem ...

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 254.

Dresden, Mittwoch den 2. November 1910.

21. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Volk und Regierung.

In dem schon gestern eingehend behandelten Artikel des sächsischen Landeshauptmannes vom Reichlichen Bureau, der offenbar auf Veranlassung der Regierung geschrieben worden ist, befindet sich auch folgender Satz:

Jeder Regierung muß an der ruhigen Entwicklung des Staatslebens gelegen sein; und diese liegt auf die Dauer nur möglich bei Übereinstimmung der Regierung mit der Mehrheit des Volkes. Das Volk hat aber außer seinen in den Landtag gewählten Vertretern für die Zeiten zwischen zwei Landtagen noch genügend andere Mittel, seinen Willen bei den Tagesfragen kundzugeben, in der Presse, in Verfammlungen, in Petitionen u. s. w. Und kein verantwortlicher Staatsmann wird an diesen Willensäußerungen achtlos vorbeigehen können, durch die er, wenn auch nicht immer durch die Instanzen des ganzen Volkes, so doch jedenfalls durch die Stellvertreter der Parteien zu den einzelnen Tagesfragen unterrichtet werden kann. . . .

Wenn auch nach Ansicht der maßgebenden Herren im Ministerium die Übereinstimmung der Regierung mit der Mehrheit des Volkes die Voraussetzung einer ruhigen Entwicklung ist, muß die jetzige Regierung schleunigst das Bündnis lösen, denn sie ist dann eine schwere Gefahr für eine Entwicklung dieser Art. Gerade die letzte Landtagswahl hat recht deutlich gezeigt, daß sich die sozialdemokratische sächsische Regierung nur auf eine kleine Minderheit im Volke stützen kann. Traten doch bei diesen Wahlen für die konservative Partei nur 103.430 Wähler ein; rechnet man dazu noch die 2036 freikonservativen und 249 mittelländischen Wähler, so bleibt immer nur noch eine kleine Minderheit für die konservative Regierung. Zugunsten haben die Parteien der Linken, einschließlich der Nationalliberalen, 668.410 Wähler hinter sich, davon allein die Sozialdemokratie 341.396. Auf unsere Partei kommt mehr als die Hälfte aller Wähler, nämlich 53,79 Proz. Eine Regierung, die sich in Sachsen in Übereinstimmung mit der Mehrheit des Volkes befindet, mußte sozialdemokratisch sein. Die konservative Regierungspartei hat aber nur 20 Proz. der Wähler hinter sich, also nur ein Fünftel aller Wähler. Da wird es die höchste Zeit, daß die jetzige Regierung ihre Plätze nachzulassen mit besserer Einsicht und anderen Anschauungen räumt, um nicht nach dem von ihr selbst veranlaßten Artikel Sachsen Entzündung bald in stürmische Wagnen einzuleiten. Und die führt das Ministerium Wiktum doch wie das Feuer.

Vom Arbeitsmarkt.

Der Monat September brachte in Sachsen eine kleine Besserung der Lage des Arbeitsmarktes. Bei den circa 40 sächsischen Arbeitsnachweisen war folgendes Ergebnis zu verzeichnen: Männliche Arbeiter: 18.236 Arbeitsuchende, 3.462 offene Stellen, 11.407 besetzte Stellen. Die Zahl der übrig gebliebenen Arbeitslosen ist zwar noch eine erhebliche Größe, doch ist sie nicht so groß wie in den Vormonaten. Ueberdies liegt es in der Art der Aufnahme der Statistik, daß die Zahl der Arbeitsuchenden höher erscheint als die der offenen Stellen. Erstere melden sich oft bei verschiedenen Arbeitsnachweisen und werden somit mehrfach gezählt, bei den offenen Stellen kommt das dagegen gar nicht oder nur selten vor. Hinsichtlich der weiblichen Arbeitskräfte verzeichneten die Arbeitsnachweise 5.793 Arbeitsuchende, 7.469 offene Stellen und 5.294 besetzte Stellen. Hier war also ziffernmäßiger Mangel an Arbeitskräften vorhanden. Diese verhältnismäßig günstige Lage des Arbeitsmarktes wird auch bestätigt durch die Geschäftsergebnisse der Krankenkassen. Die circa 260 sächsischen Kassen, die Berichte an das Reichliche Statistische Amt in Berlin gelangen lassen, verzeichnen für den Monat September eine Zunahme von 5354 männlichen und 3629 weiblichen Mitgliedern. Die erwerbsunfähigen krank gemeldeten Versicherungen nahmen dagegen um 1550 ab. Ungünstig ist die Situation immer noch in der Metallverarbeitung. Diesem Zweigwaren zuzurechnen waren bei sämtlichen sächsischen Arbeitsnachweisen 5644 Arbeitsuchende, 3956 offene Stellen und 3647 besetzte Stellen. Ebenso ungünstig war die Lage in der Holzindustrie. Hier standen 1813 Arbeitsuchenden nur 1093 offene Stellen gegenüber. Noch schlimmer war es im Graphischen Gewerbe, wo 1528 Arbeitsuchenden nur 733 offene Stellen nachgewiesen werden konnten. Etwas besser war die Situation in der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel, wo 1516 Arbeitsuchende und 1331 offene Stellen verzeichnet wurden. Im Baugewerbe war die Zahl der Arbeitsuchenden und offenen Stellen gleich groß. In der Landwirtschaft und Gärtnerei überwiegt die Zahl der offenen Stellen. Dasselbe war der Fall bei den gewöhnlichen Arbeitern ohne nähere Bezeichnung und bei den Dienstboten. Am günstigsten war wohl die Lage in der Textilindustrie, in der 1148 Arbeitsuchenden 1308 offene Stellen gegenüberstanden. Weibliche Arbeitskräfte wurden hier 788 verzeichnet, obgleich nur 598 vorhanden waren.

Speziell in Dresden wurden im September bei sämtlichen Arbeitsnachweisen neu gemeldet 5233 männliche und 3956 weibliche Arbeitsuchende. Ihnen standen gegenüber 4259 männliche und 3663 weibliche neu gemeldete offene Stellen. Die Situation ist also nur für die weiblichen Mitglieder günstig. Die Krankenkassen der Reichshauptmannschaft Dresden, soweit sie Berichte hierüber erstatten, hatten im September eine Zunahme von 1150 männlichen und 1676 weiblichen Mitgliedern.

Wegen die Sammelmanie.

Die scharfe Kritik, die anlässlich der unter dem bürgerlichen Vorzeichen stehenden Sammlung für die Kirchbadstiftung an dieser Betheile im Staatsbahnbetriebe geübt worden ist, scheint gescheitert zu haben. Der fortwährende Sammeltrieb zu allen möglichen Zwecken vorgenommen wurde, soll ein Ziel gemacht werden. In der bürgerlichen Presse wird

nämlich folgendes mitgeteilt: „Bei der sächsischen Staatsbahnverwaltung ist, wie wir erfahren, neuerdings bestimmt worden, daß Geldsammlungen zu dem Zwecke, um für scheidende Vorgesetzte Ehrengeldchen zu beschaffen oder Stiftungen zu ihrem Andenken zu errichten, künftig in den Kreisen des Eisenbahnpersonals nicht mehr stattdessen dürfen. Offenbar hat man sich zu dieser Verfügung entschlossen, weil die mit solchen Veranstaltungen verknüpfte Anforderung zu Beiträgen leicht als ein gewisser Zwang empfunden werden kann.“

Dah ein Zwang von verschiedenen Vorgesetzten bei der letzten Sammelreise angeübt worden ist, haben wir schon kürzlich unter Auführung von Beispielen hervorgehoben. Es war die höchste Zeit, daß mit diesem Unfug aufgeräumt wurde.

Keine nationalliberale Kandidatur?

Zu der angeblich gemäßigtliberalen Kandidatur des Regierungsrats a. D. Martin bemerkt das Leipziger Tageblatt: „Es wäre interessant, zu erfahren, welche politische Organisation dem Regierungsrat Martin aufsteht; bei den Nationalliberalen darf er jedenfalls auf keine Gegenseite hoffen, denn sie werden auf jeden Fall die „nationale Gefahr“ Dr. Weber auf den Schild heben.“

Wenn das L. T. richtig informiert ist, hinge die Kandidatur in der Luft. Indes stellen sich einer Wiederaufstellung Dr. Webers Schwierigkeiten entgegen. Der Völkerverein Direktor will nur dann kandidieren, wenn er von allen bürgerlichen Parteien, besonders von den Konservativen, mit aufgestellt wird. Diese denken aber gar nicht daran, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Unter solchen Umständen ist es gar nicht ausgeschlossen, daß sich die künftige Nationalliberalen mit Dr. Martin begnügen, wenn Dr. Weber endgültig zu der Überzeugung gekommen ist, daß die Träumen für ihn zu hoch hängen.

M. Ein Urteil von prinzipieller Wichtigkeit

gab in einer Klage der Chemnitzer Gewerbetriebe. In einer lithographischen Kasse erschien eines Tages ein Ausband des Inhalts, daß die Arbeitszeit wegen Arbeitsmangels um ein Viertel vermindert, damit aber auch der Lohn entsprechend herabgesetzt werde. Ein Arbeiter protestierte gegen die Vorkommnisse und erhielt deshalb sofort die Kündigung. Damit sie nicht auch die Kündigung zu beschließen brauchten, sagten die anderen Arbeiter nichts; zwei Wochen erst zwei Wochentage darüber — weil 14 Tage Kündigung im Betrieb bestand und die Arbeiter annahm, daß während der Kündigungszeit die Löhne nicht einseitig vermindert werden könnten — dann forderten sie beim Gewerbeamt die gestrichelten Beträge als Lohnersatz ein, gleich dem ersten Arbeiter, der protestiert hatte. Dieser kam im ersten Termin den geordneten Lohnersatz erhalten, nachdem der Firmeninhaber vom Vorliegenden belehrt worden war; dagegen wurden die beiden anderen Kläger mit ihrem Anspruch abgewiesen, weil sie nicht protestiert hatten. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß der Kündigung in einer Fabrik für die Arbeiter rechtsverbindlich wird, wenn diese gegen den Inhalt keinen Widerspruch erheben“. Weiter führt die Begründung aus, daß der in Frage stehende Aushang an sich keine Vereinbarung darstellt; daher erst dadurch zu einer solchen wird, wenn von den Arbeitern dagegen kein Widerspruch erhoben wird. Außerdem kam dagegen kein Widerspruch entgegen, daß die Arbeitsordnung die Vorschriften in diesem speziellen Falle dazu, daß die Arbeitsordnung die Vorschriften enthält, daß Einwendungen gegen die Minderleistung des Lohnes bis zum anderen Tage zu erheben sind, dagegen hatten die Kläger auch gestellt. Die Anwendung für die Arbeiter ergibt sich aus dem Urteil von selbst. Wegen jeden Aushang, dessen Wortlaut in die Rechte der Arbeiter eingreift, haben diese bei dem Chef oder der Geschäftsleitung durch ihre Vertrauensleute — hinter denen die Arbeiter auf jeden Fall zu stehen haben — Einspruch zu erheben. Weichte das nicht, dann haben die Arbeiter auf jeden Fall die Konsequenzen zu tragen.

Wegen die Fleischnot.

Die Stadtverordneten in Döbeln beschloßen in ihrer letzten Sitzung, wegen der Fleischnot eine Petition an die Regierung abzugeben und um Öffnung der Reichsgrenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh zu bitten. Den Antrag zu diesem Beschlusse gab eine Eingabe des Ortsverbandes der Deutschen Gewerbevereine, in der verlangt wird, daß die Arbeiterfamilien unter der Fleischnot zu leiden haben.

Leipzig. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen der 1. Abteilung wurden die sämtlichen Kandidaten des bürgerlichen Wahlkomitees mit 1240 gegen 190 Stimmen des liberalen Wahlkomitees gewählt. Die Sozialdemokratie konnte hier natürlich nur Wahlkandidaten aufstellen, die neun Stimmen erzielten.

Bittau. Die Maul- und Klauenseuche greift in der Oberlausitz immer weiter um sich. Vorgefunden ist im Stalle des Gutsbesizers Reuther in Georgewitz die Seuche ausgebrochen; das ist im Rößener Bezirk seit wenigen Tagen der sechste Fall. Auch im Bezirk der Amtsbaupolizei in Bittau kommen fast täglich neue Fälle zur Anzeige. In der Stadt Bittau selbst herrscht die Seuche im Stalle eines Gartenbesizers, im benachbarten Eckartsberg beim Gemeindevorstand Gutsbesizer Paul Feld; am 27. Oktober wurde sie beim Gutsbesizer Gustav Gröblich in Oberberwisdorf festgestellt.

Böhlen. Die Stadtverordneten genehmigten einstimmig den Bau eines zweiten Wasserwerkes mit einem Kostenaufwand von 195.000 M. Das neue Werk versorgt eine Hochdruckzone, während die bisherige Leitung die niedriger gelegenen Straßen der inneren Stadt weiterversorgt.

Chemnitz. Gewaltige Bahnhofsumbauten sind hier vorgenommen worden. Jetzt gehen die Arbeiten ihrem Ende entgegen. Für die Herstellung des Rangierbahnhofs Ende in Silberdorf in Verbindung mit Gleisanschlüssen an die alten Linien nebst den Nebenbahnen für Güterzuglokomotiven sollen 13.500.000 M. veranschlagt. Der Umbau des Hauptbahnhofs Chemnitz mit Nebenbahnen hat bis jetzt rund 7.300.000 M. derjenige der Strecke vom Hauptbahnhof bis zum Ende des Güterbahnhofs Chemnitz-Rapfel mit den daran liegenden Verkehrsstationen rund 10.000.000 M. Kosten nebst Landerwerb verursacht. Die gesamten Kosten belaufen sich demnach bis jetzt auf etwa 32.600.000 M., zu denen der Staat 20.100.000 M. und die Stadt Chemnitz 3.500.000 M. beizutragen hatten.

Chemnitz. In der Ortskrankenkasse zu Chemnitz wurden umfangreiche Untersuchungen des Kassierers Bernhard Stünzlig festgestellt, während er wegen eines Diebstahls in einem Sanatorium weilte. Die Veranlassungen liegen mehrere Jahre zurück. Der Kassierer versprach, sich selbst der Behörde zu stellen. Aus diesem Grunde fuhr er mit einem Vorstandsmitglied hierher. Da die Kassenrollen des Kassierers bereits geschlossen waren, wurde Stünzlig nicht angenommen. Die Polizei beschlief gegen seine Verhaftung abzuwarten, da Stünzlig nicht in den Stadtbezirk gehöre. Stünzlig versprach, bei seiner hier wohnenden Tochter zu übernachten und sich am anderen Morgen der Behörde zu stellen. Er hat jedoch nicht bei seiner Tochter übernachtet und ist seit dieser Zeit verschwunden.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Eine Familientragödie

hat sich in Vorpommern dem hier erwähnt. In der Familie des Pommerschen Landeshauptmannes wohnte seit Kurzem ein bei der Pommerschen Landeshauptmannschaft beschäftigter Schauspieler, der bald die Herzen der Gattin und der Tochter seines Vaters gewonnen hatte, so daß es mehrfach zu launischen Familienanfällen kam. Heute fand man Vater, Mutter und Tochter bewußlos am Boden liegen, in dem der Gashahn geöffnet war. Angeblich wurde festgestellt, daß die Tochter sich mit Gift vergiftet habe. Die drei Verstorbenen wurden in das Krankenhaus gebracht; doch beschränkte die Rettung, die am Leben zu erhalten. — In einem Obduktion gab in Weichen der Pommerschen Landeshauptmann auf seine Frau zwei Revolvergeschosse ab, wodurch sie schwer verletzt wurde. Dann jagte er sich selbst eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Als die Polizei in die Wohnung einbrang, fand sie die Leiche Enges, der in jeder Hand einen Revolver hielt, auf dem Fußboden liegend vor. — Am Montag vormittag stürzte in Chemnitz die Metallschmelzwerkfrau Elamminger, Bettiner Straße, eine Treppe herunter und zog sich dadurch eine schwere Gehirnerschütterung zu. An deren Folgen sie einige Stunden später im Stadtfrankenhaus verstarb. — In einem Hause der Politstraße in Chemnitz wurde am Montag früh gegen 8 Uhr ein 21-jähriger Hausmann namens Müller auf der Treppe liegend erschossen angetroffen. Das den jungen Mann in den Tod getriebene haben wir, ist noch unbekannt. — Dem Pommerschen Landeshauptmann trat in Stolberg der 11-jährige Schulknabe Otto als einen tödlichen Unfall in den Arm; obgleich die Wunde sofort ausgenäht wurde, trat doch Sintererkrankung ein, der der Knabe nach mehreren Stunden erlag. — Auf irgendwelche Weise verunglückte gestern vormittag bei Vagelwitz eine der bei der Lebererkrankung Pommerschen Landeshauptmannschaft angelegte 15-jährige Schiffer Robert Schmale aus Weiden. Dem von dem Leichter des Qualerampfers, in das sich der Fuß verwickelt hatte, das rechte Bein am Knöchel abgetrennt wurde. Das abgetrennte Bein ist mit dem Stiel in die Erde gefallen. — Die 42-jährige alte Schuhmacherehefrau Gleitsmann in Garzdorf hatte sich beim Auswaschen der Schuhe eine Nadel in die linke Hand eingestochen. Sie schrie nun der so sehr geträumelten Verletzung keine Beachtung. Von der Wunde ausgehend zeigte sich aber bald Symptome von Sintererkrankung, so daß die Kranke im Pommerschen Krankenhaus aufgenommen werden mußte. — Als die Lampe angedeutet, lehnte sie sich an das Treppengeländer, das abbrach, wodurch die Frau in die Tiefe stürzte. Sie erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und brach beide Daubelgebeine. — In Giesmannsdorf bei Jitau ist auf dem Grundstück des Betriebsbesizers Friedrich Wilhelm gebrüder, erst seit fünf Jahren im Betrieb stehenden Schacht bereits viel Wasser eingedrungen, daß es die Maschinenanlage nicht bewältigen kann. Man dachte auf einem benachbarten Felde des Rittergutes Giesmannsdorf von neuem und streich in drei Meter Tiefe auf ein mächtiges Kalksteinflöz. Dort wird jetzt ein Tagbau angelegt. — Die Ehefrau eines Kleinrentmeisters in Garzdorf bei Frankenberg wurde von Krämpfen befallen, stürzte dabei in eine Wanne und starb bald an den Verletzungen.

Stadt-Chronik.

Die Neuesten ohne Maske.

Die Dresdner Neuesten Nachrichten sind wieder einmal gründlich aus der Rolle gefallen. Das „unabhängige“ Blatt, das sich so gern als „unparteiisch“ nennt und nennen läßt, zeigt dirke Eigenschaften in einem Leitartikel über die Vorgänge im Berliner Stadtviertel Wedding im schärfsten Lichte. Der Artikel ist bezeichnenderweise überschrieben: Der blaue Montag. Sein laßschiller Inhalt ist entnommen dem Berliner Lokalanzeiger, dem Blatt, das früher und auch diesmal die allerwertigsten Berichte über die Berliner Straßenscenen gebracht hat. In diesem Falle ist das Verfahren der N. N. um so niedriger, als andere Berliner Zeitungen die Sensationsnachrichten des Lokalanzeigers bereits als unwahr und übertrieben bezeichnet hatten.

Die Neuesten Nachrichten erzählen ihren Lesern und der großen Öffentlichkeit, daß die Ursache des Streiks bei der Berliner Fleischerkasse ein blaues und gelbes Blatt sei. Der Mann habe an drei Montagen nicht gearbeitet, und als er am vierten wieder der Arbeit ferngeblieben sei, habe ihm die Firma den Tag nicht mitbezahlt wollen. Deshalb hätten sich 14 Fleischergewerbetreibende für den Montag verwendet. Das und alle hätten sie schließlich die Arbeit niedergelegt. — Das und alle hätten sie schließlich die Arbeit niedergelegt. — Das und alle hätten sie schließlich die Arbeit niedergelegt. — Das und alle hätten sie schließlich die Arbeit niedergelegt. — Das und alle hätten sie schließlich die Arbeit niedergelegt.

In dem Artikel ist weiter von Straßenschildern, Steinwürfen, Revolvergeschüssen, von Streikaktionen usw. die Rede. Alles maßlose Verdrehungen und Übertreibungen, so weit es nicht direkte sensationelle zugestufte Unwahrheiten sind. — Wir brauchen nicht erst einmal zu betonen, daß die moderne Arbeiterbewegung mit Straßenscenen nichts zu tun hat. Artikel aber, wie der der Neuesten Nachrichten, machen da gar keinen Unterschied und sie schädigen die Sache der Arbeiter ungemein. Das ist ja auch die Absicht derartiger Schilderungen. Die Dresdner Neuesten Nachrichten derartiger Schilderungen. Die Dresdner Neuesten Nachrichten derartiger Schilderungen. Die Dresdner Neuesten Nachrichten derartiger Schilderungen.

französischen Eisenbahner ... streift sei die „unvollkommene Zeit“ gewesen.

Unsere Pflicht ist es, daß sich Deutschland solchen Zuhänden niemals auch im entferntesten nähert.

So brüllt dieses „unparteiische“ Blatt seine Arbeiterleser an.

Mädchenschule.

Im amtlichen Protokoll über die letzte Ratssitzung wird berichtet: „Unter Bezugnahme auf die Bestimmung der Reichsgewerbeordnung ...“

Arbeitslosen „Statistisches“.

In einem Inserat in bürgerlichen Tageszeitungen Dresdens wurden dieser Tage Statistiken für die Neueinmündigung der Ballenrein-Ausscheidung gesucht.

Zentraltheater.

Das neue November-Programm dürfte starke Jugkraft auf die Besucher des Theaters ausüben.

Victoria-Zalon.

Im Mittelpunkt des Novemberprogramms steht eine japanische Akrobatentruppe.

Das ist ein Geschäft! In einer Sitzung des Direktors der Brauerei zum Felsenkeller ...

Geheißung. Am nächsten Samstag den 5. November, abends 8 Uhr, wird im großen Saale des Vereinshauses ...

Vermisschte Nachrichten. In selbstmörderischer Absicht warf sich die Tischlermeisterin D. auf der Bismarckbrücke ...

Aus der Umgebung.

Loßwitz. Nach der neuen Steuerordnung, die die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten hat ...

Wiesewitz. Montag nachmittag lief das fünfjährige Böchchen des Tollwüterer Straße 39 ...

Gottschande. Die Ergänzungswahlen zum Gemeinderat finden am 25. und 27. November ...

Koschappel. Erhosen hat sich am Burgwärtsberge auf Oberpeterwitzer Fluß ...

Dahlen. Arbeiterrisiko. Auf dem Neubau der Roten Schänke ...

Deuben. Die Herbstkontrollversammlung für die in der Gemeinde Deuben ...

Röbhnitz. Freitag den 4. November, abends 8 Uhr, Gasthof statt.

Weschkufe. Freitag, abends 8 1/2 Uhr, beginnt in Zoltz Restaurant in Weschkufe ...

Leubnitz-Neuhofa. (Gemeinderatsbericht.) Die seitige Aufzehrung vorgenommen werden ...

Burgwitz. In der letzten Sitzung der Gemeinderats wieder einmal vollständig erschienen.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Ein verwegener Einbrecher ist der 20-jährige oft mit immer vorbestrafte Gärber Robert Georg Jähner ...

Ein eigenartiger Betrugsfall. Am 8. September nachmittags 10 Uhr saß der 71-jährige Gutsbesitzer ...

Gelegenheit zum Diebstahl. In einer Zigarettenfabrik beschäftigt waren 400 Zigarettenarbeiterinnen ...

Jugendgericht.

Proletariatsclub. Ein 13-jähriger Schulknabe verurteilt wurde durch ein Verurteilter von einem Schulknaben ...

Die rechtliche Schaffung der Gewerkschaften als Voraussetzung für die Durchführung der Sozialpolitik ...

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 254.

Dresden, Mittwoch den 2. November 1910.

21. Jahrgang

Neues aus aller Welt.

Anwetter und Novemberstürme.

Belg., 1. November. Seit Mitternacht herrscht hier ein schwerer Nögel Schweißsturm, so daß heute an einen Ausflug der V. VI nicht zu denken ist. Der riesige Segeltuchvorhang der Luftschiffhalle hat sich mit seiner Drahtseilbeschattung vorzüglich bewährt, und das Luftschiff selbst vor der Gewalt des Sturmes geschützt.

Hamburg, 2. November. Ueber die Verheerungen des heftigen Sturmes, der gestern in großer Stärke im ganzen Nordseegebiet herrschte, liegen nur erst dürftige Nachrichten vor. Bei Scharbeutz sind drei kleine Segler mit der gesamten Besatzung untergegangen. Die Namen der Schiffe sind noch nicht festgestellt. Auf der Ostsee beachte sich auf den eigenen Rettungsbooten in Sicherheit. In der Westküste von Jütland floß das Wasser in mehreren Stellen so weit, daß es die nächstgelegenen Stadteile überflutete. In Thisted wurden zwei Männer, die sich auf die Kajenmale begeben hatten, von einer Sturmflut erfaßt und ins Meer geschwemmt. Fünf Fischer, die versuchten, die Verunglückten zu retten, wurden gleichfalls von den Wellen ergriffen und fürzten ins Meer. Drei von ihnen konnten sich retten. Die übrigen sind ertrunken.

Augsburg, 1. November. Seit gestern nacht wütet im Nordseegebiet und an der Elbmündung ein furchterlicher Südweststurm. Auf Vogelfand ist ein Segelschiff gestrandet, das Rot-Signale gibt. Sämtliche Hilfsdampfer sind dorthin ausgelaufen.

Cöln, 1. November. In der letzten Nacht sind hier und in der Umgebung orkanartige Stürme festzustellen gewesen, die allenthalben bedeutenden Schaden angerichtet haben.

München, 1. November. In Südbayern, besonders in der bayerischen Hochebene, haben gestern schwere Föhnwinde gewütet, großen Schaden angerichtet und namentlich auch den Drahtverkehr ziemlich unterbrochen.

Niederlande, 1. November. Das seilhere deutsche Kanonenboot Salamander, das nach Holland verkauft worden war, um dort abgebrochen zu werden, scheiterte heute früh infolge Wehrens der Schleiße in einem heftigen Sturme unweit Amstelveen. Drei Mann an Bord des Salamanders sind demnach ertrunken.

Paris, 1. November. Gewitterstürme haben im Departement Ardèche gewaltige Verheerungen angerichtet. Bei Verriac entwurzelt das Unwetter Bäume und richtete starke Ueberschwemmungen an, durch die alle Verkehrswege unterbrochen wurden. Die reichend ungeschwollene Ardèche hat große Schäden angerichtet. In einigen

Dorfschaften stehen die Häuser unter Wasser und die Straßen sind in Schlamm verwandelt. Auf der Bahnlinie von Zell nach Alais mußte in Verhinderung mitten auf der Strecke liegen bleiben, da das Gleis einen halben Meter hoch vom Wasser überflutet war. In der Gemeinde St. Marc wurde eine alte Frau vom Blitz erschlagen, der in ihre Kniee einschlug. Bei Peretot wurden sieben Personen unter einer Scheune Schutz vor dem Gewitter, als plötzlich der Blitz in die Scheune fuhr und diese einstürzte.

Neumarkt (Schlesien), 1. November. In nicht geringer Aufregung wurden gestern nachmittags die Verlobten von Schönau und Umgebung gefest. Am Nachmittag wurde nämlich die 13jährige Tochter des in der Schönauer Mühle wohnenden Maurers Gahl aus Neumarkt ermordet aufgefunden. Das Mädchen war von seltsamen Eltern zu Einsäufen nach der Stadt geschickt worden. Als das Mädchen länger als gewöhnlich fortblieb, hielten man Nachforschungen nach seinem Verbleib an. Man fand das Kind als Leiche in einem Wäldchen unweit der Ortschaft. Die Leiche blieb einseitig noch an Set und Stelle liegen. Ob ein Zufall oder ein anderes Motiv vorliegt, konnte gestern noch nicht festgestellt werden. Heute früh begab sich ein Breslauer Schuttmann, begleitet von seinem Polizeihund, nach dem Tatorte. Der Hund nahm sofort die Fährte auf, die nach Diersdorf führte, wo er einen ungefähr 40jährigen Mann, der sich verdächtig zeigte, verhaftete. Dieser Mann wurde sofort verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Personalien des Verhafteten konnten noch nicht festgestellt werden, da dieser sich hartnäckig weigert, nähere Auskunft über seine Person zu erteilen. Die vorläufige ärztliche Untersuchung hat Erbroselung festgestellt. Erst nachher wurde dem Mädchen der Hals durchschnitten. Das Vergeß, das das Mädchen bei sich trug, wurde geraubt.

Wien, 1. November. Ein größlicher Unglücksfall ereignete sich in der Nähe von Mariahilf. Jährliche Kinder spielten auf dem Gleise einer Feldbahn. Als sie die Voris in Bewegung setzten, geriet der fünfjährige Sohn des Arbeiters Gutzat mit dem Kopf zwischen zwei Wagen und wurde sofort getötet.

Wien, 1. November. In Zwickau ist der Bureaubeamte Heinrich der Gewerkschaft Deutscher Kaiser mit 17000 M. geflüchtet. Er hatte das Geld für Gehaltszahlungen an der Kasse empfangen.

Frankfurt a. M., 1. November. In der gestrigen Vorstellung im Albert-Schumann-Theater erlitt eine Artistin durch Bruch der unteren Extremitäten einen Oberschenkelbruch; auch ihr Kollege stürzte auf den Boden, kam aber mit einer leichten Kontusion davon.

Weinheim a. d. Bergstraße, 1. November. Bei einem Welt-

trinken mit Schnaps kam gestern in dem nahen Barchenbach ein fünfzehnjähriger Bursche einen Alter Tod; nach zwei Stunden war er tot.

München, 1. November. Eine Entführungsgeschichte lieferte in München das Tagesgespräch. Wie jetzt bekannt wird, wurde dieser Tage ein 16jähriger Mädchen aus altbayerischer Familie von einem bürgerlichen 21jährigen Liebhaber entführt.

Brüssel, 1. November. Auf der Station Dullez ereignete sich heute vormittag ein Eisenbahnunglück. Ein von Braine le Comte kommender Zug stieß mit dem Zug Charleroi-Brüssel zusammen. Das Unlück geschah dadurch, daß die Lokomotive des einen Zuges durch falsche Weichenstellung auf den Vorderrang auffuhr. Hierbei sind drei Waggons des vorderen Zuges in einander geraten und schwer beschädigt worden. Es ist festgestellt worden, daß ein Passagier getötet worden ist, daß ein anderer schwer verletzt wurde und außerdem 12 Passagiere leichte Verletzungen erlitten haben.

Brüssel, 1. November. Gestern abend brach in der Vorstadt Wolvenbeek eine größere Feuerbrunst aus, wodurch zwei Kaffeegebäude vollständig zerstört worden sind. Der Schaden beträgt eine halbe Million Frank.

Paris, 1. November. Ein Soldat vom Infanterieregiment 147 in Verdun, der unter dem Spitznamen „Joko“ in Hochachtung bekannt ist, erkrankte den Tagelöhner Kubiller. Vor dem Richter erklärte er, er habe mit Kubiller und zwei Freunden einen Wollball in Saint Denis besetzt. Auf dem Heimwege habe Kubiller plötzlich erklärt, er habe genug von seiner Freundin, und gleichzeitig einen Revolver aus der Tasche gezogen, der sie in den Unterleib traf. Darauf warf sich der Soldat auf Kubiller, und während des Handgemenges stieß er auf ihn. Kubiller blieb sofort tot.

Nam, 1. November. Während der letzten 24 Stunden sind in den neapolitanischen Provinzen sieben Verstorbenen und drei Todesfälle an Cholera festgestellt worden. Aus den übrigen Provinzen sind keine neuen Nachrichten über Choleraerkrankungen eingetroffen.

London, 1. November. Die Versammlung im Grosvenor Club wird am Donnerstag vor dem Kings Bench-District-Gericht zur Verhandlung kommen. Das Richterkollegium besteht aus den Richtern Darling, Fisher und Colridge. Erppen wird zu der Verhandlung nicht zugelassen. Die Versammlung ist auf Verträge gegen die Prozeßordnung und Rechtsfragen gerichtet.

Konstantinopel, 1. November. Heute sind vier Personen an Cholera gestorben. Bei der Redaktionsbibliothek in Brissa wurden einige Choleraerkrankungen festgestellt.



Wälder Str. 14, Tel. 3102	Reifeldorfer Str. 47, Tel. 4114
Wälder Str. 4, . . . 2267	Wettinerstraße 17, . . . 1635
Wälder Str. 13, . . . 4162	Rosenstraße 43, . . . 1735
Wälder Str. 12, . . . 2806	Dechtstraße 27, . . . 4506
Wälder Str. 11, . . . 4871	Tornauer Straße 10, . . . 1539
Wälder Str. 14, . . . 4064	Tornauerstraße 5, . . . 2967
Wälder Str. 24, . . . 3970	Reifeldorfer Str. 18, . . . 4114

Konzer, Lagerzeiten, Versand: Wölflitzstr. 1, Tel. 1634.

Geben in feinsten Ware und stammstester Packung eingetroffen:

1 Waggon mit 100 Ztr. Neuen Voll-Bratheringen
in 1/2 und 1/4 Dosen, für auswärtig bei:
1/2 Dose a 270 Pf., 1/4 Dose a 145 Pf.
1/2 Dose a 260 Pf., 1/4 Dose a 140 Pf.
1/2 Dose a 250 Pf., 1/4 Dose a 135 Pf.
1/2 Dose a 240 Pf., 1/4 Dose a 130 Pf.

Fr. Seefische

Grüne Makrelenheringe, belisat, zum 20 Pf.
Seelachs ohne Kopf, in ff. großen Fischen 25 Pf.
Kabljau ohne Kopf, in großen Fischen . . . 28 Pf.
Schellfisch, „Helg.“, hochf. 1/2-Pfund . . . 35 Pf.
Schellfisch ohne Kopf, in ff. gr. Fischen 35 Pf.

Ausführliche gedruckte Rezepte gratis!
Geben wieder in vorzüglicher Güte eingetroffen:

20700 Dosen im Gewichte von über

188 Ztr. Oelsardinen

der Spezialmarke **A. le Roux & Cie.**
Reinstes Öl, reinster Geschmack!
In jeder Dose ein Gratisöffel zum leichteren Öffnen.
1/2 Dose, 40 mm hoch, 22-24 hochfeine Fische
1/2 Dose, 30 mm hoch, 8-10 hochfeine Fische
1/2 Dose, 20 mm hoch, 7-8 hochfeine Fische
sowie Originalkisten mit 100, Dosen, rund 57,5 kg brutto
Originalkisten mit 200, Dosen, rund 82,5 kg brutto
Originalkisten mit 300, Dosen, rund 30 kg brutto
zu billigsten Preisen.
Versand prompt gegen Nachnahme.

Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung, sämtliche Parteiliteratur, Inseraten- und Druckaufträge nimmt jederzeit entgegen
Paul Fiedler, Freiburger Straße 115.

Ganz Dresden spricht von
Anfang 8 Uhr 20 Min.
Tymian Thalia-Theater
Görlicher Straße 6 Linie 6 Ecke Luisenstr.
Stürmischer Beifall! * Riesenerfolg!
Sonntags II bis I Uhr! Jeden Donnerstag 4 Uhr!
Fideler Fröhchen mit Vorstellung. „Damenkaffee“ mit Vorstellung. 20 und 30 Pf.
Nachm. 4 Uhr kleine Preise. Die neuen TTT-Vorgangarten sind gültig.
Volles Abendprogramm.



Wie diese Palme
das auf der Erde wandelnde Tier reich überträgt, so übertragen die Pflanzenfette PALMIN und PALMONA (Pflanzen-Butter-Margarine) die tierischen Fette durch ihre Reinheit und Güte. Das beweist am besten der Umstand, daß Palmin und Palmona tierische Fette in der feinen und bürgerlichen Küche immer mehr verdrängen, Palmin zum Kochen, Braten und Backen, Palmona als Brotaufstrich.

Prima Salonbriketts
„Mie.“, „Wieser“ od. „Häumerich“
(7 adl.) 1000 St. 2,25 M., „Hones“
„Pleiss“ (6 adl.) 1000 St. 5,90 M.
frei Keller nach allen Stadtteilen
Hermann Görlach
44 Pürerstraße 44.
Frei, in neu. m. all. Zubehör, spottbillig zu verl.
Zöbner Straße 83, 2. r.

Lagerhalter
zum Antritt per 15. November. Schriftliche Gesuche sind bis 9. November im Kontor des Vereins, Niederseidlitz, Schulstr. abzugeben.
Konsum-Verein Niedersiedlitz.

6. Wahlkreis. Bezirk Gorbitz
NACHRUUF!
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß Freitag den 28. Oktober unter Gemesse, der Wasserbauingenieur
Paul Weigang
nach ganz kurzem Krankenlager im Alter von 89 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Bezirksverwaltung.

Todes-Anzeige.
Nach langem schwerem Leiden verstarb heute früh 7 1/2 Uhr meine gute Frau, unsere Mutter und Großmutter
Auguste Melde geb. Beuhne
Auf Wunsch der Verstorbenen findet die Ueberführung nach Chemnitz am 3. November, nachmittags 5 Uhr, in aller Stille statt. Blumenbeigabe wird dankend angelehnt.
Der trauernde Gatte nebst Kindern und Enkeln.

Heute verchied nach kurzem Leiden mein lieber Mann, unser treuherziger guter Vater, Bruder und Schwager, der Restaurateur
Heinrich Kühne
im Alter von 55 Jahren.
Herrnrich ziehen dies hierdurch an
Dresden, den 1. November 1910.
Belgolandstraße 15. **Elisabeth verw. Kühne u. Sohn.**
Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 2 1/2 Uhr auf dem inneren Friedhof Kirchhof statt.

Für die vielen Gemesse der Liebe und Teilnahme, den zahlreichen Blumenbeigabe und die ehrenvolle Begleitung beim Beisetzunge unserer heißgeliebten Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Amalie Bachmann geb. Germer
sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten unsern aufrichtigen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Baum für die herrlichen Worte im Trauerhause und am Grabe, ferner den Herren Leibelber, Kellermann und Kantor sowie für die ertheilenden Beiräte. Für über, liebe Mutter, sowie für die „Liede nach“ und „Liede nach“ in die Capelle nach, 10 Uhr, den 1. November 1910.
die Getauerten Hinterbliebenen.

individual wohl er sich weiter in die Armeen des ...

Song Hill. Sollte er nicht vertrauen und träumen dürfen?

Nur Jordan's Wackeltrommel kamen Miriam und der große Heinrich Willibald.

An Resilla vorbei, und er wach der Forto-Revolver ...

„Du bist doch nicht dumm, Doktor?“ „Nein!“ „Allo!“

„Werden wir's einmal weiter bringen, mein' du?“ fragte Philipp auf dem Nachhausewege.

„Was ist immer noch für'sche?“ sagte Pierre, „das ist doch mir so ein Weid über kommen könnte!“

„Du bist schon eine Wille — nahe beim Place de l'Opera. Und sie tanzt, wenn sie will — und wenn sie nicht will, tanzt sie nicht.“

„Philip ging, die Sache erledigte ihn nicht. Diese Leute konnten ja nicht leben ohne dich.“

Umichau

Der Prozeß des Theaterdirektors Martin Jidel. Die Klage, die der Berliner Polizeipräsident gegen den Direktor des Volkstheater Dr. Martin Jidel angebracht hat.

„Was ist immer noch für'sche?“ sagte Pierre, „das ist doch mir so ein Weid über kommen könnte!“

„Du bist schon eine Wille — nahe beim Place de l'Opera. Und sie tanzt, wenn sie will — und wenn sie nicht will, tanzt sie nicht.“

Philip ging, die Sache erledigte ihn nicht. Diese Leute konnten ja nicht leben ohne dich.

Stimmelschnebe

Stimmelschneidungen im November. Der Übergang vom Sommer zum Winter hat sich dieser Tage sehr rasch vollzogen.

„Was ist immer noch für'sche?“ sagte Pierre, „das ist doch mir so ein Weid über kommen könnte!“

Philip ging, die Sache erledigte ihn nicht. Diese Leute konnten ja nicht leben ohne dich.

Philip ging, die Sache erledigte ihn nicht. Diese Leute konnten ja nicht leben ohne dich.

Wahl

Zwei Bierbrauende in den letzten Tagen waren von geringer Bedeutung. Sie gingen es zwar in den Kellern ...

„Was ist immer noch für'sche?“ sagte Pierre, „das ist doch mir so ein Weid über kommen könnte!“

Philip ging, die Sache erledigte ihn nicht. Diese Leute konnten ja nicht leben ohne dich.

Philip ging, die Sache erledigte ihn nicht. Diese Leute konnten ja nicht leben ohne dich.

Wahl

Zwei Bierbrauende in den letzten Tagen waren von geringer Bedeutung. Sie gingen es zwar in den Kellern ...